Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 12

Artikel: Die Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331523

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

einer Klassengesellschaft darf nicht dazu verleiten, sie als ein unvermeidbares Uebel untätig hinzunehmen. So gewiß die kapitalistische Staatenpolitik, sich selbst überlassen, sich in immer neue Kriegsbarbarei verwickeln würde, so gewiß ist das einzige Mittel, das sie noch verhindern kann, im Sinne der Brüsseler und Wiener Beschlüsse der Sozialistischen Internationale gegen jede Regierung, die mit Kriegsgedanken spielt, »den stärksten Druck der Massen, selbst in der revolutionärsten Form« aufzubieten, den herrschenden Klassen aller Länder rechtzeitig zum Bewußtsein zu bringen, daß Millionen gewillt sind, Waffen, die man ihnen in die Hand gäbe, anders und besser zu verwenden als 1914.

Die Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung

(Von einem deutschen Gewerkschafter.)

Der Zusammenbruch der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung löst in der Arbeiterschaft aller Länder die Frage aus, wie konnte die in der Internationale führende deutsche Arbeiterbewegung im Abwehrkampf gegen die Reaktion unterliegen, wie so schmählich versagen? Heftig wird in der deutschen, vielleicht noch heftiger in der ausländischen Bewegung um die Schuldfrage gestritten. Die nachstehende Abhandlung wird die Schuldfrage nicht in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, an ihr aber auch nicht vorübergehen. Sie wird keine psychologischen Untersuchungen anstellen, sondern konkrete Tatsachen bringen.

Bei allen Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften stand im Vordergrund die Mahnung ihrer alten Führer: »Seid einig! In der Einigkeit liegt eure Stärke!« Die deutsche Arbeiterbewegung ist in erster Linie niedergebrochen, weil sie diese fundamentale Forderung im Emanzipationskampf des Proletariats aufgab. Wer die Geschichte der Revolutionen der Vergangenheit durchblättert, wird immer wieder feststellen, daß die Zielsetzungen revolutionärer Bewegungen nicht erreicht wurden, weil die revolutionären Kräfte bei der Durchführung der gestellten Aufgaben sich trennten und damit dem niedergeschlagenen Gegner in kürzerer oder längerer Frist die Möglichkeit erneuter Machtübernahme gaben. Diese Feststellung auf die sozialistische Arbeiterbewegung anzuwenden, schien uns unmöglich, weil Ziel und Gegner so eindeutig vor uns standen, daß es nur des Wissens um die gesellschaftliche Lage der Arbeitnehmerschaft bedurfte, um sie zu einheitlichem Willen, zu einheitlichem Kampf zusammenzufassen.

Im Ziel einig, ist die deutsche Arbeiterschaft an der Wegfrage — Demokratie oder Diktatur — gescheitert. Die revolutionäre Umwälzung 1918/19 in Deutschland war von ihrer ersten Stunde an belastet durch den Bruderkampf in der Arbeiterbewegung. Anstatt alle Energien des

Proletariats darauf zu verwenden, den neuen Staat im Sinne der sozialistischen Forderungen aufzubauen, standen bei der Machtübernahme durch die Sozialdemokratie am 9. November 1918 drei sozialistische Parteien im heftigsten Bruderkampf einander gegenüber. Sie gaben damit dem Bürgertum bei der Neugestaltung der Verhältnisse einen Einfluß, den unter andern Umständen diese Kreise nicht bekommen konnten. Schreiber dieser Zeilen hat zwei Stunden ungetrübter Freude über die revolutionäre Umwälzung gehabt. Vom 9. November 1918, 1 Uhr mittags, der Stunde der Proklamierung der deutschen Republik durch Scheidemann, bis 3 Uhr nachmittags, als Autos mit Bewaffneten unter den Rufen: »Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann« durch die Straßen Berlins fuhren. — — —

In der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar standen zwei sozialistische Parteien als Gegner einander gegenüber. Die Weimarer Verfassung wurde mit Hilfe der Demokraten und des Zentrums geschaffen und enthielt auf Grund dieser Mehrheitsverhältnisse Bestimmungen, denen wir als Sozialdemokraten stark kritisch gegenüberstanden. Besonders auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Verfassung unsere grundsätzlichen Forderungen nicht berücksichtigt. Das Privateigentum wurde ausdrücklich anerkannt. Psychologen vermeinen den Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung auf die angeblich der Bewegung eigenen altpreußische Disziplin zurückführen zu müssen, die sich kritiklos einer Führung anvertraute, die ähnlich der wilhelminischen versagte. Dieser Auffassung muß im Interesse der historischen Wahrheit mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Nicht an ihrer preußischen Disziplin ist die deutsche Arbeiterschaft gescheitert, sondern an der Disziplinlosigkeit einzelner Führer in den entscheidenden Geburtsstunden der Republik. Vor der eigenen Ueberzeugung über taktische Fragen steht die Unterordnung unter den Willen der Mehrheit. Wer in der Arbeiterbewegung dieses Gesetz verletzt, ist ein Verbrecher an der Bewegung. Der Mehrheitswille kann Irrtümern unterworfen sein. Diese sind korrigerbar. Die Zerreißung der Arbeiterbewegung schlägt Wunden, die ständig bluten und nur schwer vernarben.

Immerhin hieß es von der Weimarer Verfassung, daß sie die freiheitlichste der Welt sei. Die Staatsumwälzung brachte der Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich gewaltige Vorteile: das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre, die Anerkennung der achtstündigen Arbeitszeit, das uneingeschränkte Koalitionsrecht und vor allen Dingen als bedeutsamste und wichtigste Errungenschaft die staatliche Anerkennung des kollektiven Arbeitsvertrages. Anfänge der Sozialisierungsgesetzgebung blieben in den Kinderschuhen stecken, und zwar deswegen, weil infolge des Bruderkampfes in der deutschen Arbeiterbewegung das Bürgertum immer mehr erstarkte. 17 Monate nach der Ausrufung der Republik versuchte die Reaktion durch den Kapp-Putsch die Macht an sich zu reißen; anstatt mit Waffengewalt die Reaktion niederzuschlagen, flüchtete die Regierung nach Dresden, später nach Stuttgart. Die in der

Abwehr einig zusammenstehende Arbeiterschaft machte in wenigen Tagen dem Putsch ein Ende. Die Regierung kam nach Berlin, und alles blieb beim alten. Die Führung im Abwehrkampf hatten unstreitig die Gewerkschaften. Karl Legien, schon damals ein kranker Mann, fand nicht die Kraft, mit Hilfe der Gewerkschaften diesen totalen Sieg der Arbeiterschaft auszunutzen. Karl Legien starb um die Jahreswende 1920/21.

Aber selbst in dieser Stunde höchster Gefahr war es nicht möglich, die drei sozialistischen Parteien — SPD., USPD., KPD. — auf eine Linie zu bringen. Als am Mittag des 13. März, dem Tage des Kapp-Putsches, in Gegenwart der drei Parteivorstände, des ADGB.-Vorstandes und des Vorstandes der Berliner Gewerkschaften der Vorschlag einer einheitlichen politischen Kampfführung gemacht wurde, stieß dieser Vorschlag bei den linken Parteien auf Ablehnung. Der Bruderkampf ging weiter. Der Zusammenschluß der Mehrheitssozialisten mit der USPD. kam zu spt. Auf dem Parteitag der Unabhängigen Partei in Halle war dem Vertreter der russischen Gewerkschaften, Sinowjew, die Möglichkeit gegeben, diese starke Partei zu zerstören. Die Mehrzahl der führenden Genossen der USPD. erkannte wohl die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit der SPD. Große Teile der Mitgliedschaft schwenkten aber zur KPD. über und gaben dieser bis dahin relativ unbedeutenden Partei einen Einfluß, der sich verhängnisvoll auswirkte bis zu dem Zusammenbruch in den Märztagen 1933.

Der Hauptkampf der Kommunisten in Deutschland — wie im übrigen in allen andern Ländern — richtete sich ja nicht gegen die Reaktion, sondern fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaften. Dabei ist es nicht ohne Interesse, festzustellen, daß Lenin, als er im Oktober 1917 in Rußland die Führung übernahm, durchaus auf dem Boden der Demokratie stand. Erst unter dem Druck der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bekannte er sich zur Rätediktatur. In der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung Deutschlands wirkte die kommunistische Agitation wie ein Sprengkörper. Politische und Gewerkschaftsversammlungen standen unter dem Terror der Kommunisten, bis die SPD. und die Gewerkschaften Abwehrformationen schufen. Die Inflation stärkte die Kommunisten, aber auch die Reaktion. Am Ende der Inflation zählten die freien Gewerkschaften nicht ganz 3 Millionen Mitglieder, gegenüber 8 Millionen 1920.

Die ersten Reichstagswahlen nach der Inflation im Frühjahr 1924 brachten der äußersten Rechten, der Deutschnationalen Volkspartei, starke Erfolge. Mit 110 Mandaten war sie die stärkste Partei des Deutschen Reichstages und stärker als je in der Vorkriegszeit. Die Kommunisten hatten gleichfalls stark zugenommen. Die geeinigte Sozialdemokratische Partei zählte 106 Abgeordnete. Ein halbes Dutzend nationalsozialistischer Parteien war mit 18 Mitgliedern im Reichstag vertreten. Bis zum Herbst 1928 hatte Deutschland eine Rechtsregierung unter starker Mitwirkung der Deutschnationalen. Der Kon-

junkturaufschwung in den Jahren 1925 bis 1929 wirkte sich für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften günstig aus. Die freien Gewerkschaften vermochten ihre Mitgliederzahl bis auf 5 Millionen zu erhöhen. Bei den Reichstagswahlen erhielt die Sozialdemokratische Partei 151 Mandate, Deutschnationale und Kommunisten waren stark zurückgegangen; in den freien Gewerkschaften waren die Kommunisten zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Die Nationalsozialisten hatten im Reichstag des Jahres 1928 24 von über 500 Mandaten.

Die beginnende Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf die Staatsfinanzen und auf die Sozialversicherung führte im Jahre 1930 zum Rücktritt der Regierung Müller. Der Wahlkampf, bei dem die Frage der Arbeitslosenunterstützung im Vordergrund stand, brachte im September 1930 der Sozialdemokratie trotzdem einen Verlust von 10 Mandaten, einen Zusammenbruch der bürgerlichen Mittelparteien, Demokraten, Volkspartei und Wirtschaftspartei, und einen unerwarteten Wahlerfolg der Nationalsozialisten, die mit 107 Mandaten als zweitstärkste Partei in den Reichstag einzogen. Die Kommunisten verzeichneten ebenfalls eine Zunahme. Die Nationalsozialisten hatten ihren Wahlerfolg im weesntlichen den ihnen zuströmenden Wählern aus dem Mittelstand und der Landwirtschaft zu verdanken.

Seit dem Jahre 1919 hatten die Nationalsozialisten vergeblich versucht, in Deutschland einen größern Anhang zu gewinnen. Ihr Auftrieb bis zur Machtübernahme durch Hitler am 30. Januar 1933 war nur möglich infolge der Spaltung der Arbeiterbewegung und im Gefolge der ungeheuren Weltwirtschaftskrise. Die Weltwirtschaftskrise wirkte auf den deutschen Mittelstand und die Landwirtschaft weit stärker als in andern Ländern. Beide Klassen hatten unter der Inflation und den ersten Jahren der Stabilisation besonders stark gelitten und materiell gewaltige Vermögensverluste zu verzeichnen. Die Wirtschaftskrise traf sie daher mit doppelter Wucht. Kaufleute — selbständige und angestellte —, Techniker, Fabrikanten, Geschäftsleute, Kleinhändler, Schriftsteller, kurz und gut, die Angehörigen der kaufmännischen, gewerblichen und geistigen Berufe sind heute in Deutschland zum erheblichen Teil auf die öffentliche Wohlfahrtspflege angewiesen. Aus ihrer bürgerlichen Lebenshaltung und Lebensgewohnheit warf sie die Krise ins Proletariat. Ihre Hoffnungen auf baldige Wiedereingliederung in das bürgerliche Leben wurden enttäuscht. Hier fanden die Phrasen von der Schuld des »marxistischen Systems«, das übrigens nie in Deutschland bestand, ihren besten Nährboden. Ohne die Proletarisierung breiter Schichten des Mittelstandes, ohne die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Landwirtschaft hätte die Nationalsozialistische Partei ihre Erfolge nicht zu verzeichnen.

Hinzu kam das ungeheure Heer der beschäftigungslosen Akademiker. Deutschland hat etwa 130,000 Hochschüler (Studenten), gegen 65,000 in der Vorkriegszeit. Etwa 30,000 verlassen jährlich die Hochschulen, aber nur 10,000 finden Beschäftigung; zwei Drittel bleiben arbeitslos. Der durch die Inflation verarmte Mittelstand schickt seine Kinder trotz Not und Elend auf die Hochschulen, in der Hoffnung,

den Kindern die verlorene eigene gesellschaftliche Stellung wiederzugeben. Die Hoffnung trog. Die Zahl der beschäftigungslosen Akademiker kann zur Zeit auf 100,000 bis 120,000 geschätzt werden. In diesen Kreisen fand die Nazi-Phraseologie ihre zahlreichen Anhnger. Die Hochschulen und Universitäten wurden zu nationalsozialistischen Hochburgen. Der marxistischen Ideologie ist dieser verarmte Mittelstand absolut unzugänglich, er besitzt keinerlei Einsicht in die kapitalistischen Ursachen seiner Not. Der nationalsozialistischen Agitation entstanden hier Zehntausende von Agitatoren, die unbekümmert um wirtschaftliche und politische Möglichkeiten den Umsturz des angeblich »marxistischen« Systems propagierten.

Aber auch dieser Welle wäre eine einheitliche Arbeiterbewegung in Deutschland gewachsen gewesen. Noch bei den Novemberwahlen 1932 erzielten SPD. 131 und KPD. 100 Mandate, zusammen 231, gegenüber 196 Mandaten der Nationalsozialisten. Eine geeinte Arbeiterschaft wäre mit den Nationalsozialisten fertiggeworden, um so mehr, da mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, die in scharfem Gegensatz zu den Nationalsozialisten standen, eine starke Mehrheit gegen die Rechte im Reichstag vorhanden war. Die Kommunisten versagten auch in dieser Stunde der höchsten Gefahr. Wohl rauften sich Kommunisten und Nationalsozialisten, standen sie aber Sozialdemokraten gegenüber, dann bildeten sie die kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront. Die russische Kommunistische Partei hat die Folgsamkeit der deutschen Kommunisten gegenüber den Moskauer Parolen damit belohnt, daß die russische Regierung bei der Machtübernahme durch Hitler ihre Grenzen für deutsche kommunistische Flüchtlinge sperrte.

Ein ungeheurer Nachteil für die Arbeiterschaft war ihre Einstellung zur Reichswehr. Die antimilitärische Einstellung der Arbeiterschaft bei Kriegsende rächte sich bitter. Das vierjährige Stahlbad und die antimilitaristische Vorkriegserziehung der Arbeiterschaft äußerten sich jetzt zu ihrem Nachteil. Gegen den Eintritt in die Reichswehr wurde in den linken Kreisen stärkste Propaganda gemacht. 1919 erließ die Unabhängige Partei in Hamburg eine Anordnung, die Mitglieder mit Ausschluß bedrohte, deren Töchter mit Reichswehrsoldaten verkehrten. In Berlin stellten Straßenbahnführer ihre Arbeit ein, wenn Reichswehrsoldaten die Straßenbahn benutzten. Bei der Verteidigung der Republik im Jahre 1919 gegen die äußerste Linke mußte sich die Reichsregierung zum Teil auf das alte Offizierskorps stützen. Der Ersatz der Offiziere und der Mannschaften geschah auf Grund obiger Einstellung zum Teil aus rechtsstehenden Kreisen. Die Arbeiterschaft hat das militärische Instrument durch ihre Stellungnahme ihren Händen entgleiten lassen. Wenn die Reichswehr in den entscheidenden Tagen des Juli 1932 als Machtfaktor zur Verteidigung der Verfassung ausschied, ja, wenn man mit ihrer Stellungnahme gegen die Arbeiterschaft rechnen mußte, dann ist dies auf die falsche Einstellung der Arbeiterschaft bei dem Neuaufbau der Reichswehr zurückzuführen.

Und nun zur Frage des Versagens der Partei und Gewerkschaften. Wir haben schon angedeutet, daß bei dem Kapp-Putsch eine große Möglichkeit versäumt wurde, mit der neuerwachten Reaktion endgültig aufzuräumen. Damals war der Augenblick gekommen, das Versäumte von 1918 nachzuholen, den reaktionären Großgrundbesitz zu zerschlagen, und weiter alle republikfeindlichen Elemente aus dem Beamtenkörper der Wehrmacht und von den Hochschulen zu entfernen.

Das kritische Jahr 1932.

Trotz den furchtbaren Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeiterbewegung, insbesondere für die Gewerkschaften, bestand zu Beginn des Jahres 1932 keine akute Gefahr für den Bestand der Republik. In Preußen, Hamburg, Lübeck, Hessen, Baden stand eine gutbewaffnete Polizei fest hinter den zum Teil von Sozialdemokraten geleiteten republikanischen Regierungen. Die bayerische Regierung wehrte sich mit aller Kraft gegen die nationalsozialistische Ueberflutung. Die Arbeiterschaft hatte in der Partei, in den Gewerkschaften und durch das Reichsbanner Schutzorganisationen geschaffen, die stark genug schienen, den Abwehrkampf mit Erfolg aufnehmen zu können. Die Arbeiterschaft sehnte zu einem großen Teil den Tag herbei, an dem die Nationalsozialisten ihre Putschabsichten verwirklichen würden.

Die Verabschiedung Brünings und die Regierungsübernahme Papens verschlimmerte zwar die Situation, ließ sie aber durchaus noch nicht hoffnungslos erscheinen. Der Dilettant Papen konnte der deutschen Arbeiterbewegung kaum Schaden zufügen. Im Gegenteil, seine unsinnigen Verordnungen zur Ankurbelung der Wirtschaft gaben der Arbeiterschaft die Möglichkeit, mit Erfolg Abwehrbewegungen zu führen und damit neuen Kampfesmut zu zeigen. Im übrigen erschienen Staatspolizei, Reichsbanner und Gewerkschaften stark genug, um die Republik im Ernstfall zu verteidigen. Dieser Auffassung wurde noch im Frühjahr 1932 von den führenden Personen in Regierungsstellen, in der Partei und in den Gewerkschaften Ausdruck gegeben. Wie ein Schlag aus heiterm Himmel traf die Arbeiterschaft die Einsetzung des Reichskommissars für das Land Preußen am 20. Juli 1932. Die kampflose Machtübergabe dieser stärksten republikanischen Position durch die Regierung Braun-Severing machte die Hoffnungen auf einen erfolgreichen Abwehrkampf der deutschen Arbeiterschaft und der republikanischen Kräfte zunichte. In den Vormittagstunden des 20. Juli haben Millionen Gewerkschafter in Berlin und im Reiche auf das Signal zum Kampfe gewartet. Das Kampfsignal kam nicht. Die Genossen Braun und Severing und mit ihnen die übrigen Mitglieder der preußischen Regierung fügten sich, wenn auch unter Protest, den Anordnungen des Reichskommissars. Die Polizeigewalt in Berlin und an zahlreichen andern Orten Deutschlands übernahmen Deutschnationale. Die Enttäuschung der Arbeiterschaft und der republikanischen Polizei über das Versagen dieses wichtigsten politischen Machtfaktors war ungeheuer. Die großen Berliner Betriebe — sowohl Privat- wie öffentliche Betriebe

— waren zum Kampf bereit. Der ADGB. fand sich mit der Stellungnahme der preußischen Regierung ab.

Man wird hier die Frage aufwerfen, warum Partei und Gewerkschaften nicht von sich aus, ähnlich wie beim Kapp-Putsch, die Abwehraktion aufnahmen. Nach dem Versagen der preußischen Regierung, die einen ausgezeichneten Machtfaktor kampflos dem Gegner überantwortete, hätte ein Kampf der Arbeiterschaft — ein Generalstreik —, der unwiderruflich in den Bürgerkrieg ausmünden mußte, keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Reichswehr, Stahlhelm und nationalsozialistische Formationen wären einmütig gegen die Arbeiterschaft eingesetzt worden. Es wird behauptet, in jenen Tagen sei von einem Mitglied der preußischen Regierung geäußert worden, er könne es nicht verantworten, daß Deutsche sich im Bürgerkrieg gegenüberständen. Gewiß, die Verantwortung war groß, aber die deutsche gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft war bereit, diese Verantwortung und auch die Blutopfer auf sich zu nehmen. Die Todesopfer, die Wunden — körperliche und geistige — die der deutschen Arbeiterschaft heute geschlagen werden, dürften kaum geringer sein.

Die Gewerkschafts- und die Parteimitgliedschaft hat trotzdem bis zum bittern Ende ihren Mann gestanden. Die Wahlkämpfe im Juli und November 1932 und im März 1933 sind von der Arbeiterschaft trotz den ungeheuren Schwierigkeiten mit Aufwand aller Energie geführt worden. Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten zahlreiche Abwehrkämpfe mit Erfolg geführt und waren in der Lage, nach der Zeit des Mitgliederrückganges allmählich wieder aufzuholen. Die Regierungsübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 bedeutete das Ende. Die monatelangen Versuche der Gewerkschaftsführer, über die Zukunft der Gewerkschaften Klarheit vom neuen Regime zu erhalten, mußten scheitern, weil die Stellen, mit denen der ADGB. beziehungsweise seine Vertrauensmänner verhandelten, Seltde, Papen usw., weder die Macht noch die Kraft besaßen, vielleicht auch gar nicht den Willen hatten, den Gewerkschaften zu helfen. Die Bereitwilligkeit, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, ihre Angebote, basierten auf der stillen Hoffnung, die Gewerkschaften als Kampftruppe gegen die Nationalsozialisten ins Feld führen zu können. Den Nationalsozialisten sind diese Versuche nicht unbekannt geblieben.

Für die Nationalsozialisten waren die Gewerkschaften die größte Gefahr. Die Gewerkschaften zu vernichten oder sie der nationalsozialistischen Ideologie nutzbar zu machen, mußte daher eine der Hauptaufgaben der Nationalsozialisten sein. Sie haben sich für das letztere entschieden. Die Uebernahme der Gewerkschaften, die Verhaftung ihrer Führer am 2. Mai diente diesem Ziel. Der Gewerkschafter muß diese Klärung begrüßen. Sie ist besser als ein langsamer Tod in Schande. Auch das Verbot der Sozialdemokratischen Partei schafft Klarheit. Das Weiterbestehen unter Duldung Hitlers war eine Belastung für die deutschen Genossen und die internationale Arbeiterbewegung.